

Wege zur Freiheit

Mein Ziel ist die Freiheit

*Wenn Sie einen „**Personalausweis**“ der Bundesrepublik Deutschland besitzen, gibt dieser Aufschluß über ihren Status (als Sklave) und er bringt zum Ausdruck, daß Sie ein Teil dieses Verwaltungskonstruktes sind.*

Er zeigt auch, daß Sie über ein noch eingeschränktes Bewußtsein verfügen, da Sie damit einverstanden sind, willentlich Teil eines kriminellen Konstruktes zu sein.

Aus diesem Grunde empfehlen Wir, sich schrittweise daraus zu lösen.

Auszug aus Fragen und Antworten des [Königreichs Deutschland](#)

Mein Aufgabe ist es Glücklich zu sein

Wie kann ich glücklich sein, wenn andere unglücklich sind?

UBUNTU

Ja zur Freiheit

Die Zeit ist reif für eine positive Veränderung. Für alle bestehenden gesellschaftlichen Probleme der heutigen Zeit gibt es bereits Lösungen. Die Veränderung kann jedoch nur von der Basis aus geschehen, von den Gemeinden und Städten, von den Menschen selbst. Mit Hilfe von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden ist das auf legale Weise möglich. Ein friedlicher Wechsel in freier Selbstbestimmung hin zu ganz neuen Gemeinschaften kann so geschehen.

Die bestehenden Systeme erzeugen Mangel und Unzufriedenheit, Korruption auf allen Ebenen und eine mafiöse Regierung. Lassen wir sie einfach ganz legal hinter uns. Nehmen wir das Heft des Handelns wieder in unsere Hände, denn wir sind das Volk und alle „Staatsgewalt“ sollte von uns ausgehen! Es ist Zeit, unser Widerstandsrecht in Anspruch zu nehmen! Zeigen auch Sie, daß Sie genug von all den Lügen und der kriminellen Politik haben!

Das Ziel ist die legale Abschaffung der kriminellen Regierung, die Etablierung von Frieden, bleibendem Wohlstand und die Erhaltung unseres Wertesystems. Daß die Regierungen und ihre Hintermänner unsere Werte abzuschaffen gedenken und dies auch beständig tun, sollte für jeden Menschen offenkundig sein. Wie wir alle gemeinsam die alten Machtstrukturen und ihre zerstörerischen Systeme ganz legal loswerden, zeigen wir hier auf. Wir fordern Sie auf, mit uns gemeinsam zu handeln. Zeigen wir den Herrschenden die Rote Karte und schaffen wir ihre Herrschaftsstrukturen ab!

Erreichen können Sie dies mit nur zwei Unterschriften und zwei Abstimmungen für unser aller Freiheit.

Die Zauberworte heißen Bürgerbegehren und Bürgerentscheid.

Stimmen Sie für Ihre Freiheit. Wir setzen sie durch.

Selbstverwaltung der Gemeinden

Grundsätzliches

Der Wechsel einer Gemeinde in eine neue Rechtsordnung oder in die autonome Selbstverwaltung ist vollkommen legal und für alle Menschen der Gemeinde in jeder Hinsicht ein großer Gewinn. Es bedeutet ein Mehr an Freiheit, Wohlstand und wahrer Menschlichkeit. All die heutigen menschlichen und gesellschaftlichen Probleme sind dann ganz schnell Geschichte.


In einer erneuerten Gemeinde geht es in erster Linie um den Menschen. Es geht darum, daß die Gemeinde das Wohl ihrer Einwohner fördert. In der Bundesrepublik ist die Gemeinde nichts weiter als ein Handlanger höhergeordneter Stellen. Sie hat Aufgaben zu erfüllen und erhält dafür Geld zugewiesen, das man den Menschen der Gemeinde vorher mithilfe von Zinsen und Steuern aus der Tasche gezogen hat. Die Gesetze und Anweisungen, die von „oben“ kommen, dienen jedoch nicht den Menschen der Gemeinde, sondern in erster Linie den Konzernen und Banken und der dahinter stehenden Herrscherkaste. Der eigene Gestaltungsspielraum für die Gemeinde ist nur sehr gering. Das ändert sich mit der legalen Ablösung von den (illegalen) Regierungen grundlegend, denn in der neuen Rechtsordnung ist alles anders. Es ist so, wie es sein sollte und wie es sich alle Menschen nur wünschen können.

Wie geht das?

Der [Konvent zur Reformation Deutschlands](#) ist eine Bewegung zur umfassenden Erneuerung aller Systemstrukturen, und: Wir reden nicht nur darüber – **Wir tun es!**

Alles, was dabei zu leisten ist, wird hier gesammelt und mit euch gemeinsam organisiert. Wir sind der Souverän und somit liegt es in unserer gemeinsamen Verantwortung zu handeln. Informieren und beteiligen Sie sich bei der Reformation der Neuzeit!

Wir zeigen hier auf, wie dieser Systemwechsel legal und friedlich erreicht wird.

 [Die 77 Thesen des Konvent zur Reformation Deutschlands als .pdf zum download](#)

Konfrontieren Sie Ihren Bürgermeister und Stadt- oder Gemeinderat damit. Sprechen Sie mit Ihren Nachbarn, Freunden und Mitbürgern über diese Thematik. Stellen Sie bei Einwohnerfragestunden im Stadtrat und im Landkreis klare Fragen zur Selbstverwaltung der Stadt oder Gemeinde. Verlangen Sie von der Gemeindeführung, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen.

In seinem Buch [Besuch in einer besseren Welt](#) beschreibt Dr. Thomas Hoffmann das Gemeindeleben der Zukunft, wie es sich in einer Selbstverwaltung abspielen könnte.

Wie schnell dies Wirklichkeit wird, liegt an allen Menschen, also auch an Dir.

Dein Recht

Rechtliche Verletzungen durch vorgebliche Gerichtsvollzieher

Euer Recht!

Rechtliche Verletzungen durch vorgebliche Gerichtsvollzieher

Er ist kein Beamter, er kommt als Privatunternehmer und damit begeht folgende Straftaten:

Amtsanmaßung § 132 StGB: sachliche Zuständigkeit von Gerichtsvollzieher wurde aufgehoben siehe §1, § 24 GVO vom 01.08.2012

Missbrauch von Titeln, Berufsbezeichnungen und Abzeichen §132a StGB: wenn ein Gerichtsvoll kein Beamter mehr ist (§1 GVO) so ist er auch keine Amtsperson, welche zu hohheitlichem Handeln befugt ist – siehe §11 StGB

Täuschung im Rechtsverkehr § 270 StGB: Vorlage von falschen Dokumenten

Urkundenfälschung § 267 StGB: Gebrauch von gefälschten Dokumenten

Mittelbare Falschbeurkundung § 271 StGB: Verwendung von Entwürfen bzw. Abschriftgen mit Deklaration als Urkunde

Verschaffen von falschen amtlichen Ausweisen § 276 StGB: Vorlage von Dienstausweis mit Deklaration als Amtsausweis, dadurch Täuschung im Rechtsverkehr

Nötigung nach § 240 und 241 Abs. 2 StGB: die –Anmaßung als Amtsperson mit Drohung und Nötigung zur Erschleichung von Leistungen ist strafbar

Betrug nach § 263 StGB: Verschaffung von Vermögensvorteil Durch Vortäuschung falscher Tatsachen ist strafbar

Euer Recht!

Rechtliche Verletzungen durch vorgebliche Gerichtsvollzieher

**Er ist kein Beamter, er kommt als Privatunternehmer
und damit begeht folgende Straftaten:**

Seite -2-

Hochverrat gegen den Bund oder ein Land § 81, § 82 StGB:
wer es unternimmt, die Verfassungsgemäße Ordnung zu ändern,
begeht Hochverrat

Weitere schwerere Vorwürfe, die sich aus Tatsache, dass der Täter
rechtlich grundgeschult ist , ergeben:

vorsätzlicher Betrug

vorsätzliche Täuschung

vorsätzliche Amtsanmaßung

vorsätzliche Urkundenfälschung

Vorsätzliche Urkundenfälschung §267 StGB

vorsätzliche Anleitung Straftaten § 130a i.V. § 126 Abs. 4 Satz 1 StGB

Anleitung zur vorsätzlichen Begünstigung § 257 Abs. 1 StGB

**vorsätzliche Untergrabung der freiheitlich demokratischen Grund-
Ordnung § 81 und § 82**

Zur Vorlage bei Ämtern, Behörden, Gerichten & Polizeikontrollen, sowie Zoll u. BAG in der BRdvd!

Rechtsunsicherheit!

Sehr geehrter BRdvd – Beamter, (BRdvd =Bundesrepublik des vereinten Deutschland)

mit diesem Schreiben möchte ich Sie darüber in Kenntnis setzen, daß ich mich zur Zeit in einer Rechtsunsicherheit befinde, die einer sofortigen Klärung durch Ihre Person bedarf.

1.) Wie Ihnen bekannt sein dürfte, ist die OMF-BRD seit 1990 durch Streichung des Art. 23 GG a. F. "de jure" erloschen. (OMF=Organisation einer Modalität der Fremdherrschaft – Prof. Dr. Carlo Schmid (SPD) am 18.09.1948)

2.) Aus dem gleichen Grund der Aufhebung von GG Art. 23 a. F. wurde das Gerichtsverfassungsgesetz, die Zivil- und Strafprozessordnungen sowie deren Einführungsgesetze ebenfalls nichtig.

3.) Das Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG) wurde vom Bundestag der OMF-BRD exakt am 11.10.2007 zurückwirkenden Aufhebung beschlossen, weil an jenem Tag das Einführungsgesetz für das OWiG rückwirkend aufgehoben wurde. Damit existiert seit der Bekanntgabe im Bundesanzeiger am 29.11.2007 für **sämtliche Ordnungswidrigkeiten** in der BRdvd keine rechtliche Grundlage mehr.

4.) Auf die gleiche Art und aus dem gleichen Grund wurden bereits im 04/2006 die Strafprozessordnung (StPO), die Zivilprozessordnung (ZPO) und das Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) gelöscht, indem das Einführungsgesetz aufgehoben wurde. Rechtswirksam wurde das Ganze am 25.04.2006 mit der Bekanntgabe im Bundesgesetzblatt. Und wieder wurden die Gesetzeswerke rückwirkend aufgehoben. Auch der § 5 von ZPO, StPO, und GVG ist weggefallen. In dem stand der Geltungsbereich für die Gesetzeswerke, und nun wird es ganz einfach, sogar für absolute Laien:

Ein Gesetz, das nirgendwo gilt, gilt gar nicht! Folglich gibt es und vor allem gab es damit rein juristisch in der OMF-BRD weder einen Anklagegrund, ein Strafmaß, noch ein Gericht, einen Richter oder einen Gerichtsvollzieher.

Sie als Beamter der OMF-BRD wurden soeben mit diesem Schreiben über meine bestehende Rechtsunsicherheit in Kenntnis gesetzt.

Belehrung!

Jeder Beamte muß nach Vorschrift des Beamtenrechts seine dienstlichen Handlungen auf ihre Rechtmäßigkeit hin überprüfen. Eine Remonstration ist eine Einwendung, die ein Beamter gegen eine Weisung zu erheben hat, wenn gegen die Rechtmäßigkeit dieser Anordnung Bedenken bestehen (§ 38 BRRG) (Beamtenrechtsrahmengesetz)

Ansonsten besteht z. B. begründeter Tatverdacht der:

1. Rechtsbeugung (§ 339 StGB)
2. Umdeutung von Unrecht zu Recht (§ 138 ZPO)
3. Nötigung im Amt (§ 240 StGB)
4. Täuschung im Rechtsverkehr (§ 123, 124, 125, 126 u. 134 sowie 138 BGB)
5. Betrug im Rechtsverkehr (§ 267 StGB)
6. Bedrohung und Amtsanmaßung (§ 132 StGB u. § 241 StGB)

Jeder Beschäftigte im öffentlichen Dienst, der auch nur einen Fall von juristischer Willkür oder Rechtsbeugung zur Kenntnis nimmt und nicht zur Bewahrung der grundgesetzmäßigen Ordnung alles Notwendige unternimmt, ist auch bei bloßem Wegsehen oder billiger Duldung Mittäter nach § 25 StGB. Nach StGB § 138 ist der öffentlich Bedienstete, aber auch jeder andere Bürger u. a. in Fällen des Hochverrates, Völkermordes, Verbrechen gegen die persönliche Freiheit, schweren Raubes und Erpressung bei Nichtanzeigen mit Strafe bedroht. Hochverrat ist bekanntlich schon jede Rechtsbeugung und Strafvereitelung. (§ 25 StGB)

Zur Vorlage in einem Amt, Behörde, Gericht, Staatsanwaltschaft, Stadtverwaltung, Versicherungsgesellschaft, Ihrem Anwalt... mit der Bitte um schriftlicher Bestätigung (Vor- und Zunamen):

Bestätigung

- 1. dieses Amt ist staatlich anerkannt
- 2. die BRD ist ein souveräner Staat
- 3. alle gültigen Gesetze werden eingehalten
- 4. ich bin Beamter/Beamtin
(von der souveränen Bundesrepublik Deutschland bestellt)

Schriftlich bestätigt - gezeichnet durch vollständige Unterschrift gemäß Beschluss vom:

BGH 19.06.2007 Aktenzeichen: VI ZB 81/05

BGH 09.06.2010 Aktenzeichen: XII ZB132/09

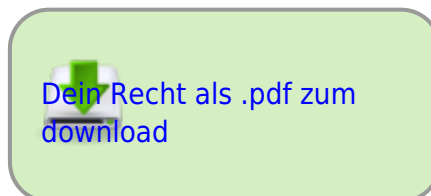
Bezeichnung _____

Ort _____

(Vor- u. Zuname) _____

.....
(Unterschrift nach § 126 BGB)

Dienstsiegel




Umgang mit der Polizei

Wie verhalte ich mich bei einer Polizeikontrolle

1. Du darfst keinen Vertrag mit der POLIZEI eingehen.
2. Du gehst einen Vertrag mit der POLIZEI ein sobald du, deren Anweisungen befolgst.
3. Wenn die POLIZEI dich nach deinen Namen fragt, darfst du nicht den Namen deiner Person nennen, ansonsten trittst du in die Rolle der Person und übernimmst die Rechte und Pflichten.
4. Du solltest dich immer von der Person distanzieren und sagen das du ein Mensch bist und wir Menschen keinen Namen brauchen. Doch du wirst von deinen Freunden, Bekannten z.b
5. Marek genannt.
6. Die Polizei wird verwirrt sein und sich vielleicht veräppelt vorkommen. Dann solltest du Ihnen erklären, das der Mensch nicht die Person ist, aber die Firma POLIZEI nur mit der Person verhandeln kann. Du kannst auch erwähnen das du Ihnen gerne den Personalausweis der Person zeigen kannst oder auch den Führerschein aber du musst unbedingt klar machen das du nicht die Person bist sondern der Mensch genannt Marek und dir diese Person bei der Geburt Angeboten wurde du sie aber nicht annimmst.
7. Wichtig ist das du keine Befehle befolgen darfst, weil die FIRMA POLIZEI dem Menschen nicht befehlen kann und nur mit der Person arbeiten kann.
8. Wichtig ist auch das du dir direkt die Daten von dem Dienstleister der Firma POLIZEI geben solltest damit du diese Person verklagen kannst wenn Sie deine Menschenrechte bricht.
9. Am besten ist es auch das du alles auf Video aufnimmst für die Beweisaufnahme.
10. Du solltest die POLIZEI auch fragen ab sie das Genfer abkommen dabei hat ansonsten machen die sich Strafbar, weil wir immer noch besetztes Land sind.
11. Nimm am besten alles in einen Protokoll auf, für die spätere Beweislage.
12. Die Firma POLIZEI hat keine Rechtskräftigen Gesetze aus die Sie sich stützen könnte.
13. Du solltest auch erwähnen das du dich strafbar machst wenn du dich als Person handelst, weil sie dir nicht gehört.

Wenn du keine Lust und Zeit zum Diskutieren hast

Du kannst dir aber auch alles sparen und einfach das Spiel der Person mitspielen. Doch mehr als deine Personalien solltest du Ihnen nicht geben. Du bekommst dann ganz normal das Bußgeldangebot, was du natürlich nicht annimmst weil es keine Gesetze gibt worauf sich das Bußgeld stützen kann.

 [Richtiger Umgang mit der Polizei als .pdf zum download](#)

Die BRD GmbH (2013) von Dr. Klaus Maurer

Die „BRD“ - GmbH - oder, zur völkerrechtlichen Situation in Deutschland und den sich daraus ergebenden Chancen für ein neues Deutschland.



 [Die BRD GmbH \(2013\) als .pdf zum download](#)

Steuerpflicht aufgehoben!

Neues zum Thema Rückzahlung aller Steuern, GEZ, kriminelle Scheinämter und Beamtenschauspieler



Diesem Artikel gaben wir den Arbeitstitel: „Keine Antwort vom Finanzamt Kaufbeuren“. Das klang uns dann aber doch nicht zündend genug und so heißt er nun, wie es im Titel zu lesen ist.

Bleiben wir gleich beim ursprünglichen Arbeitstitel „Keine Antwort vom Finanzamt Kaufbeuren“, denn genau das teilte uns eine unserer freundlichen Leserinnen mit, doch der Reihe nach:

Die Leserin nutze unser Musterschreiben aus unserem Artikel [Antrag auf Erstattung aller gezahlten](#)

Steuern

Auf dieses bekam Sie vom Finanzscheinamt eine fadenscheinige Antwort, welche im Endergebnis zu Tage förderte, dass man der von Ihr geforderten Rückzahlung ihrer Steuern nicht nachkommen werde.

Dass die Finanzverbrecher in den Finanzscheinämtern nicht einfach so die von ihnen zu Unrecht eingeforderten und eingezogenen, also geraubten und gestohlenen Gelder wieder herausrücken würden, war ja von vornherein klar.

Aus diesem Grunde haben wir schwerere Geschütze ausgearbeitet.

Dieses Musterschreiben empfehlen wir der bereits genannten Leserin zu verwenden. Seit dem funkt das Finanzamt Kaufbeuren nicht mehr. 😊

[Gesamter Artikel auf der Webseite ****News Top Aktuell**** lesen](#)

From:

<http://wiki.azorvida.eu/> - **Gaia - Ubuntu - Wiki**

Permanent link:

<http://wiki.azorvida.eu/gesellschaft/freiheit>

Last update: **04/08/2016 00:00**

